

INFRASTRUKTUR

Billiger bauen

Zum Ausbau von Schiene und Straße werden die Bürger zur Kasse gebeten. Die Einnahmen aus höherer Mineralölsteuer und Lkw-Maut gelangen als Zinszuschuss an ÖBB und Asfinag. Beide müssen bei den Baukosten massiv sparen, also billiger bauen. Dazu werden die Prioritäten neu gesetzt – der Koralmtunnel dürfte wackeln. Zumindest geplant ist wieder ein flexibleres ÖBB-Dienstrecht

BEWERTUNG: ★★★☆☆

KLEINE ZEITUNG
10.01.2007

10 Milliarden für Bahn & Straße

Die neue Regierung bringt auch Neues für die Wirtschaft. Zwar soll ordentlich in Infrastruktur investiert werden, Asfinag und ÖBB werden aber zum Sparen verdonnert.

Große Koalition – großer Ärger: Die geplante Erhöhung der Mineralölsteuer (bei Diesel um drei Cent, bei Benzin um einen Cent) und der Lkw-Maut von 22 auf 26 Cent sorgt für Empörung bei Autofahrerclubs und Frächtern. Im Regierungsübereinkommen ist nun festgeschrieben, was mit den jährlichen Zusatzeinnahmen von geschätzten 420 Millionen Euro unter anderem passieren soll.

Straße. Für Bau von Autobahnen und Schnellstraßen soll die zu-

ständige Gesellschaft Asfinag in den nächsten vier Jahren 4,5 Milliarden Euro erhalten. Zudem sollten diese Verkehrswege ins Eigentum der Asfinag übergehen. Gleichzeitig wird ihr aber – ebenso wie den ÖBB – ein Sparkurs verordnet. „Bei Straßen- und Schieneninfrastruktur müssen die Baukosten massiv gesenkt werden“, heißt es wörtlich im Regierungsprogramm, um Einsparungen „von mindestens zehn Prozent zu realisieren“.

Schiene. Für den Ausbau des Schienennetzes wird es bis 2010 nicht weniger als sechs Milliarden Euro vom Staat geben. Für welche Projekte das Geld verwendet werden soll, wurde aber nicht konkretisiert. Zwar gibt es ein klares Bekenntnis zum Brenner-Basistunnel zur Eindämmung des Transitverkehrs – was mit dem umstrittenen Koralmtunnel-Projekt zwischen Steiermark und Kärnten passiert, bleibt

offen. Die ÖVP hat zudem eine weitere Flexibilisierung des ÖBB-Dienstrechts ins Regierungsprogramm reklamiert.

Privatisierung. Bei Telekom Austria und Post sind vorerst keine weiteren Privatisierungsschritte geplant. Eine Infrastruktur-Holding, wie sie die SPÖ gefordert hatte, ist allerdings nicht im Regierungsprogramm verankert worden.

Internet. Bis 2009 soll es auch im ländlichen Raum eine Vollversorgung mit schnellen Internetverbindungen (Breitband) geben. Speziell Klein- und Mittelbetriebe außerhalb der Ballungsräume sehen sich hier noch im Wettbewerbsnachteil. Die neue Regierung plant eine 500 Millionen Euro schwere Breitband-Offensive, wobei die Telekom Austria davon 300 Millionen beisteuern soll.

Forschung. Die Budget-Quote für Forschung und Entwicklung

(F&E) soll bis 2010 von derzeit 2,43 Prozent auf drei Prozent angehoben werden. Dafür werden die Forschungsmittel in vier Jahren um insgesamt 800 Millionen aufgestockt, die in Folge privatwirtschaftliche F&E-Investitionen auslösen soll.

Arbeit. Flexibilisierung heißt das Schlagwort im Regierungsplan. Einerseits soll die täglich erlaubte Arbeitszeit auf zehn Stunden angehoben werden. Andererseits soll der Kündigungsschutz bei Lehrlingen gelockert werden, um Betrieben das Anbieten von Lehrstellen schmackhaft zu machen. Zudem sollen die Sozialpartner bis Mai einen Plan zur Neuregelung der Altersteilzeit vorlegen. Freie Dienstnehmer können sich künftig über vollen Versicherungsschutz inklusive Arbeitslosenversicherung freuen. Bauern können ausländischen Erntehelfern längere Saisonzeiten anbieten.